

Marburg, 04.05.2012

Eingang: 04.05.2012

TOP:

Fraktionen SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FREIE
WÄHLER

Lfd.Nr. 141/2012 KT

Antrag zur Kreistagssitzung

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FREIEN WÄHLERN betreffend „Fracking“

Beschluss:

1. Der Kreistag des Landkreises Marburg-Biedenkopf lehnt die Suche im Kreisgebiet nach unkonventionellen Erdgasvorkommen durch die Verpressung von Chemikalien in den Untergrund, dem sogenannten Fracking, unter den derzeitigen Rahmenbedingungen ab. Der Kreistag begrüßt in diesem Zusammenhang die Stellungnahme des Kreisausschusses vom 11.04.2012 zum Antrag der BNK Deutschland, mit der er das Vorhaben abgelehnt hat. Darüber hinaus begrüßt er die Entscheidung der hessischen Umweltministerin vorerst keine Genehmigung für das so genannte Fracking in Hessen zu erteilen
2. Der Kreistag fordert den Bundesgesetzgeber auf, das Bundesberggesetz mit modernen rechtlichen Anforderungen zu novellieren. Dazu sollte auch eine Beweislastumkehr im Fall von Bergschäden und sichere Rücklagen für später eintretende Schäden durch die Unternehmer gehören. Außerdem sollte es eine angemessene Beteiligung von Kommunen und Öffentlichkeit sowie eine detaillierte Betrachtung der Umweltverträglichkeit wie in allen anderen Genehmigungs- und Planfeststellungsverfahren geben.
3. Der Kreistag des Landkreises Marburg-Biedenkopf vertritt die Auffassung, dass zukünftig im Genehmigungsverfahren die Bedeutung des Grund- und Trinkwasserschutzes grundsätzlich als prioritär einzustufen ist. Fracking ist in sensiblen Gebieten, wie zum Beispiel in Trinkwassergewinnungsgebieten, grundsätzlich zu untersagen.
4. Der Kreistag des Landkreises Marburg-Biedenkopf fordert die Hessische Landesregierung auf, nach dem Vorbild Nordrhein-Westfalens ein Moratorium für die Fracking-Erkundung zu veranlassen, bis das Bundesberggesetz entsprechend novelliert wurde.

Begründung:

Beim Fracking, auch Hydraulic Fracturing genannt, wird zur Erdgasgewinnung ein Gemisch aus Wasser, Sand und Chemikalien in den Untergrund gepresst, um das in tieferen Gesteinsschichten gebundene Erdgas unkonventionell zu fördern.

Es gibt keine wissenschaftlichen Erkenntnisse, welche Auswirkungen das ‚Fracking‘ auf die Umwelt und insbesondere auf das Grundwasser hat. Solange das nicht geschehen ist, wäre es unverantwortlich, ein solches Verfahren zur Erdgasförderung zu genehmigen.

gez. Hesse

gez. Waßmuth

gez. Laaz

gez. Reitz